



Sachstandsmitteilung Nr.:	178/2022	Datum:	18.10.2022
Beratungsart:	<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nicht öffentlich	

Beratungsfolge		
Nr.	Stadtvertretung / Fachausschuss	Sitzungstag
1	Ausschuss für Jugend, Sport und Soziales	
2	Ausschuss für Schule, Kultur, Paten- und Partnerschaften	
3	Ausschuss für Umwelt, Verkehr, öff. Sicherheit u. Kleingartenwesen	
4	Ausschuss für Bauwesen	
5	Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Finanzen	
6	Hauptausschuss	
7	x Stadtvertretung	27.10.2022

Schluss- und Mitzeichnungen			
gez. Th. Haß	gez. Hansen		
Bürgermeister	Büroleiterin	Amtsleitung	Sachbearbeitung

1. TOP:

Antrag der FDP-Fraktion vom 18.10.2022:
hier: Resolution Fraktionsstärke

2. Sachstand:

Der Antrag der FDP-Fraktion vom 18.10.2022 zum Thema „Resolution Fraktionsstärke“ wird mit der Bitte um Beratung zur Kenntnis gegeben.

- Ende der Sachstandsmitteilung -

*Jan Voigt
Fraktionsvorsitzender*

An den
Bürgermeister der Stadt Schwentimental
Herrn Gerd Dieckmann

18.10.2022

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die FDP-Fraktion stellt zur nächsten Sitzung der Stadtvertretung folgende

RESOLUTION

Die schwarz-grüne Landesregierung darf keinen Demokratieabbau in unseren Kommunen betreiben

Die Stadtvertretung möge beschließen:

Fraktionen sind ein wichtiges Instrument der politischen Teilhabe und der Repräsentation des demokratischen Bürgerwillens. Die Stadtvertretung der Stadt Schwentimental lehnt daher die von der schwarz-grünen Landesregierung geplanten Änderungen der Gemeindeordnung, die Voraussetzungen zur Bildung einer Fraktion in den Kommunalvertretungen zu verschärfen, ab und fordert die Landesregierung auf, von diesem geplanten undemokratischen Vorhaben abzusehen.

Die erforderliche Mitgliederzahl zur Bildung einer Fraktion in größeren Kommunen sowie in Kreistagen von zwei auf drei zu erhöhen, würde die demokratische Teilhabe kleinerer Parteien und Wählergemeinschaften massiv erschweren. Informationswege würden abgeschnitten, Ausschuss-Teilnahmen nicht mehr möglich und die Finanzierung und damit die

professionelle Arbeit von Mitgliedern der Kreistage und/oder der Stadt- bzw. Gemeindevertretungen und die Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger an demokratischen Entscheidungsprozessen in den kommunalen Vertretungen erheblich eingeschränkt. Ein derartiger Demokratieabbau muss daher verhindert werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich